

Entwurf

Resolution des Rates der Stadt Wolfsburg gegen das Fracking-Verfahren

Die Fraktionen von SPD, ... beantragen, in der Ratssitzung am 16. Mai 2012 zu beschließen:

„Der Rat der Stadt Wolfsburg lehnt mit Nachdruck das sogenannte Fracking-Verfahren zur Erdgasgewinnung beziehungsweise –förderung oder zur Suche nach Erdgasvorkommen ab. Der Rat stellt fest, dass der Einsatz wassergefährdender chemischer Substanzen für die Gewinnung von Erdgas nicht hinnehmbar ist. Dabei spielt es keine Rolle, ob es um den Einsatz in, an oder abseits von Wasserschutzgebieten geht.

Der Rat der Stadt Wolfsburg fordert daher die niedersächsische Landesregierung auf,

- *das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) anzuweisen, das bei der Erdgasförderung umstrittene Fracking-Verfahren bis auf weiteres – sowohl in Bezug auf die Erlaubnis zur Aufsuchung von Erdgaslagerstätten als auch deren Förderungsbewilligung – auszusetzen und entsprechende Anträge im Hinblick auf das öffentliche Interesse abzulehnen,*
- *sich bei der Bundesregierung sowie im Bundesrat durch eine Bundesratsinitiative für eine Änderung des veralteten Bergrechtes dahingehend einzusetzen, dass künftig bei allen bergrechtlichen Verfahren zum Fracking – beginnend bereits vor der Aufsuchungserlaubnis – neben einer Beteiligung der Gemeinden, Wasserbehörden und Wasserversorgungsunternehmen mit diesen auch Einvernehmen hergestellt werden muss,*
- *eine umfangreiche Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, die auch lückenlose Informationen über die verwendeten Stoffe sowie die möglichen Risiken beinhaltet, zu gewährleisten*
- *eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) durchzuführen.“*

Begründung:

Wie die Verwaltung auf eine entsprechende Ratsanfrage mitteilte, ist der Firma BNK Petroleum auf Antrag vom zuständigen Landesbergamt für die Planung von Fracking-Bohrungen ein Erlaubnisfeld zugewiesen worden, das sich teilweise im westlichen und südlichen Stadtgebiet sowie in der angrenzenden Region befindet.

Das Fracking-Verfahren birgt nach Auffassung vieler Experten unkalkulierbare Risiken das Grundwasser und die Gefährdung der Gesundheit. Ungeachtet dieser Risiken und ohne dass entsprechende Gutachten vorliegen, die negative Auswirkungen des Frackings auf das Trinkwasser ausschließen, genehmigt die niedersächsische Landesregierung bisher die Planung und Anwendung des Fracking-Verfahrens uneingeschränkt.

Angesichts der möglichen hohen Risiken für die Gesundheit der Bevölkerung fordern wir die Landesregierung auf, ihre Genehmigungspraxis bezüglich der Fracking-Bohrungen unverzüglich zu ändern und genehmigen so lange auszusetzen, bis wissenschaftlich gesicherte Erkenntnisse unabhängiger Gutachten über die Auswirkungen von Fracking vorliegen.